



19. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Mai 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir übergeben Euch mit diesem Info-Blatt einen von Prof. Dr. Herbert Meißner ausgearbeiteten Beitrag für die Strategiediskussion in der Partei – eine Analyse der "Theorie" der Transformation des Kapitalismus, die auch heute noch – wie eh und je – von großer politischer Bedeutung ist.

Die wissenschaftlich begründete und historisch belegte Ausarbeitung fand im Landeskoordinierungsrat volle Zustimmung. Mit aller Deutlichkeit stellen wir fest, dass eine Strukturdebatte im Land Brandenburg ohne klare politische Strategie der Gesamtpartei nicht erfolgreich geführt werden kann.

In allen Ebenen der Partei und ihren parlamentarischen Fraktionen ist gleichermaßen zu klären, dass das Erfurter Programm mit seinen unverwechselbaren Alleinstellungsmerkmalen nach wie vor Grundlage für die Arbeit der Partei ist und sein muss. Sie prägen ihr Erscheinungsbild als Antikriegspartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit, der Aufklärung und des sozialen Fortschritts.

Wir halten die inhaltlichen Aussagen im Info-Blatt zugleich auch geeignet, in den Gremien der Partei und besonders in der Parteibasis an das Gedankengut von Marx/Engels/Lenin sowie an die Lehren und Erfahrungen aus der Geschichte der Partei und Arbeiterbewegung zu erinnern bzw. sie zu vertiefen.

Viel Spaß beim Lesen, Mitreden und Einbringen in die Strategie- und Strukturdebatte.

Euer Landeskoordinierungsrat

Einfache, doppelte oder überhaupt Transformation des Kapitalismus?

Ende November 2013 legten die beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping und Bernd Riexinger dem Parteivorstand ein 25-seitiges Papier vor mit dem Titel: „Verankern, verbreiten, verbessern.“ (ND 26. 11. 2013). Dieses Konzept soll der Diskussion über die Weiterentwicklung der Partei dienen und trägt damit strategischen Charakter. Dabei fällt auf, dass in dem Papier außerordentlich häufig die Begriffe „Transformation“, „Transformation der Gesellschaft“, „Transformationspfad“ u. ä. gebraucht werden.

Das trifft sich mit der These von Michael Brie und Dieter Klein: „DIE LINKE braucht ein neues strategisches Fundament“ und als solches könnte sich „das Konzept einer doppelten Transformation... erweisen“ (ND 30. 12. 2013).

Wenn Genossen, die sich als Parteitheoretiker empfinden, neue Gedanken zur Diskussion stellen, kann das interessant und nützlich sein. Wenn solche Idee als „strategisches Fundament“ der Partei empfohlen und von den Parteivorsitzenden als Orientierung in ein strategisches Führungsinstrument aufgenommen wird, erhält das Ganze ein besonderes Gewicht und bedarf einer gründlichen Analyse.

Doppelte Transformation bedeutet, dass dieser Prozess in zwei Stufen vor sich geht. Die erste Stufe „handelt davon, dass Umverteilung von Lebenschancen auch die Umverteilung von Macht, Eigentum und Verfügung erfordert.

Das betrifft besonders die Macht der Banken und Investmentfonds, der Energiekonzerne und eine entschiedene Ausweitung von öffentlichem Eigentum, vor allem aber der öffentlichen Daseinsvorsorge“ (ND 26./27. 05. 2012).

Die Erfüllung dieser Erfordernisse sei deshalb eine erste Stufe dieses Prozesses, weil dies noch innerhalb der bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse erreichbar sei. Es gehe um einen „erneuerten Sozialstaat“.

Natürlich weist Dieter Klein darauf hin, dass für die Realisierung solcher Entwicklung gesellschaftliche Mehrheiten erforderlich sind, die „neue Bündnismöglichkeiten auch mit solchen Kräften ermöglichen, die nicht mehr als einen besseren Kapitalismus wollen“ (ND 6./7. Juli 2013). Für eine Mehrheitsbildung, mit der ernsthaft an die Profitmechanismen, an Bankenherrschaft und Rüstungsindustrie herangegangen werden kann, sind solche Bündnisse unabdingbar. Wie stabil sie sein werden, wird sich zeigen, wenn die herrschenden Eliten die

verschiedenen Gruppierungen solcher Mehrheit instrumentalisieren, kanalisieren und korrumpieren werden.

Aber wichtiger ist etwas anderes. Gefordert und für möglich gehalten wird die Rückkehr zu einem „erneuerten Sozialstaat“. Das heißt – und wird auch von den entsprechenden Autoren so beschrieben – dass die Beherrschung der gesamten Volkswirtschaft durch die Großbanken, durch die Industriemonopole und die Rüstungskonzerne auf die Ebene eines Konkurrenzkapitalismus bzw. einer Wettbewerbswirtschaft nach Ludwig Erhards Motto und Walter Euckens Muster heruntergeschraubt wird. Dieter Klein und Michael Brie meinen, es „könnte die Bundesrepublik einen besonderen Beitrag zum Einstieg in eine Transformation des gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hin zu einer sozial und ökologisch regulierten bürgerlich – kapitalistischen Gesellschaft leisten“ (ND, 30. 12. 2013).

Hier soll nicht darüber reflektiert werden, inwieweit die Forderung nach Rückkehr von einem finanzmarktdominierten Monopolismus zu einer Wettbewerbswirtschaft mit freier Konkurrenz historisch und klassenmäßig betrachtet eine kleinbürgerliche Forderung ist.

Wichtiger ist die Frage, ob denn solcher Rückbau des Systems politisch und ökonomisch überhaupt möglich ist. Viele namhafte Autoren haben nachgewiesen, dass und wie aus der sogenannten freien Konkurrenzwirtschaft durch Konzentration und Akkumulation des Kapitals Monopole entstanden, wie sich durch den Kampf der Monopole, Konzerne und Trusts um die profitabelsten Anlagesphären der Finanzmarkt entwickelte und wie dadurch die Lösung des Finanzkapitals von der Realwirtschaft entstand. Das gilt nicht nur für Lenins Hauptwerk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, sondern auch für seine „Hefte zum Imperialismus“ (Werke Bd. 39). Weniger bekannt ist, dass sich Lenin dabei schon auf „Das Elend der Philosophie“ stützen konnte, wo Marx den Zusammenhang von Monopol und Konkurrenz herausgearbeitet hat. Auch in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ verwies Marx auf die Gesetzmäßigkeit des Kapitals, die freie Konkurrenz zu beschränken, sobald sie sich als Schranke für höhere Profiterwirtschaftung erweist. Zu nennen ist auch die Arbeit von Rosa Luxemburg „Die Akkumulation des Kapitals“. Dazu gehört auch „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding. Die für den hiesigen Zusammenhang wesentliche Erkenntnis dieser und vieler anderer Autoren besteht darin, dass Monopol und Finanzkapital „mit absoluter Unvermeidlichkeit

alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen Details durchdringen“ (Lenin, Werke Bd. 22, S. 241). Es geht also um eine historische und ökonomische Gesetzmäßigkeit, die nicht durch einige Reformen auf sozialpolitischem Gebiet außer Kraft zu setzen sind.

Natürlich besteht Einigkeit darüber, dass das Erkämpfen solcher Reformen von großer Bedeutung für die Verbesserung der Lage der benachteiligten Bevölkerungsschichten ist. Aber solange wie die Produktions- und Eigentumsverhältnisse und die daraus folgenden Machtstrukturen erhalten bleiben, bleibt auch das Wesen dieses Systems unverändert.

Diese Erkenntnis sieht man auch bei Dieter Klein aufscheinen, wenn er schreibt: „Auch ein besserer postneoliberaler Kapitalismus wird die Wurzeln kapitalistischer Widersprüche und Desaster immer wieder reproduzieren“ (ND 6./7. Juli 2013). Und: „Ohne Veränderung des Kerns der Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse werden Reformen nicht dauerhaft erfolgreich sein“. Aber statt auf diesem Wege der Erkenntnis weiterzuschreiten, macht er auf dem Absatz kehrt und hält es für möglich, die erste Stufe einer Transformation würde „eine den Neoliberalismus überwindende, also post-neoliberale Transformation zu sozial und ökologisch regulierten bürgerlich - kapitalistischen Gesellschaften sein“ (ebenda).

Und hier nun kommt die zweite Stufe der doppelten Transformation ins Spiel.

Kurz zusammengefasst und so im Original formuliert heißt das, „um jede unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Verbesserung und Reform zu kämpfen und zugleich in diesen Verhältnissen praktische solidarische, potenziell sozialistische Elemente, Tendenzen, Eigentumsverhältnisse und politische Formen zu erkennen, aufzugreifen und als Ansätze gesellschaftlicher Transformation zu entfalten“ (ND 30. 12. 2013). Diese „potenziell sozialistischen Elemente, Tendenzen und Eigentumsverhältnisse“ sollen „die Umgestaltung im Kapitalismus“ bedeuten. Allerdings soll dieser Prozess „über den Kapitalismus hinaus führen“ und „dies in der Gestalt sehr konkreter Projekte und mit der Fähigkeit, sich dabei auf langfristige Prozesse einzulassen“.

Diese wesentlichen Züge einer „doppelten Transformation“ sind unter vier Aspekten zu durchdenken.

Erster Aspekt: Dieses Konzept wird als neue Strategie, als neues Fundament für die Politik der Partei DIE LINKE und darüber hinaus aller linken Kräfte empfohlen. Wie neu ist es aber wirklich? Diese Frage beantwortet ein Blick in die Geschichte sozialreformistischen Denkens. Man muss dabei nicht nur auf die bekannten Thesen von Eduard Bernstein und die Auseinandersetzung von Rosa Luxemburg damit verweisen. Bereits auf dem Parteitag der SPD in Frankfurt/Main 1894 legte Max Schippel eine EntschlieÙung vor, in welcher anstelle des Kampfes gegen die Monopole auf Arbeiterschutzgesetze und Demokratisierung orientiert wurde. Vor allem aber wurde in den zwanziger Jahren die Theorie von der „Wirtschaftsdemokratie“ verbreitet. Auf Veranlassung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschien 1928 eine Gemeinschaftsarbeit namhafter sozialreformistischer Theoretiker, die z. T. auch Leitungsfunktionen in der SPD inne hatten: „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“. Und nun beachte man die Ähnlichkeit der Formulierungen mit denen im Transformationskonzept! In dieser Schrift wird betont, dass mit der Wirtschaftsdemokratie „neue konkretere Vorstellungen über den Weg zur Verwirklichung der neuen Gesellschaftsstruktur verbunden sind“ (S. 10). Die Zielstellung lautet: „Durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus!“ (S. 13). Die Demokratisierung der Wirtschaft wird „als ein Prozess der Umwandlung des Wirtschaftssystems vom Kapitalismus zum Sozialismus“ verstanden (S. 175). Diese Autoren behaupten, es wachse die Tendenz, „die Verfügung über die Produktionsmittel der Alleinherrschaft der Unternehmer zu entreiÙen“ (S. 175). In einer Arbeit über „Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik“ schrieb Fritz Naphtali 1928: „Heute sehen es die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien überall als ihre Aufgabe an, Krisenerscheinungen zu bekämpfen. Das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik ist Überwindung, Milderung und Verhütung der Krisen“ (S. 5). Auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 erklärte Fritz Tarnow im Hauptreferat: „Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ja, was soll ich da sagen? – als Arzt, der heilen will.“

Es lieÙen sich noch viele Formulierungen dieser Art anführen. Die vorgestellten von einflussreichen Sozialreformisten sollen zeigen, dass es sich nicht um zufällige oder einzelne Meinungen handelt, sondern um eine ideologische und politische Strömung. Und wenn Dieter Klein literarische Ambitionen offenbart mit Buch – und Zeitungstiteln wie „Das Morgen tanzt im Heute“, so kann man mit dem Volksmund antworten: Alter Wein in neuen Schläuchen!

Zweiter Aspekt: Die genannte wirtschaftspolitische Zielstellung ist daraufhin zu prüfen, zu welchen praktischen Ergebnissen sie geführt hat. Nach dem I. Weltkrieg war die deutsche Wirtschaft zerstört, die Herrschaft des Großkapitals deutlich eingeschränkt und das kapitalistische System ernsthaft erschüttert. Trotz fehlgeschlagener Novemberrevolution war die Arbeiterbewegung noch stark, wenn auch zersplittert. Objektiv bestand durchaus die Möglichkeit einer grundsätzlichen Veränderung des Gesellschaftssystems. Was aber geschah wirklich?

Zunächst gab es in den oberen Rängen der Kapitaleigentümer eine Menge Kriegs- und Inflationsgewinnler. Das erklärt sich daraus, dass vorher erhaltenen Kredite und gemachte Schulden nun in entwertetem Geld zurückgezahlt werden konnten, die damit angelegten Produktionsanlagen, Immobilien und Ländereien aber ihren Wert behielten.

Dann begann eine Rationalisierungswelle in der Industrie. Aus den USA wurde technisches und betriebswirtschaftliches Know-how eingeführt sowie moderne Maschinerie für Fließbandarbeit, Serienproduktion und Taylorismus. Von Mitte bis Ende der zwanziger Jahre entstand eine Wachstumsphase der deutschen Wirtschaft, die sich vor allem auf die chemische, elektrotechnische, feinmechanische und optische Industrie erstreckte. Diese Entwicklung vollzog sich durch Zentralisation und Konzentration des Kapitals und bewegte sich in der Form von Konzernen, Kartellen, Syndikaten und Trusts. Durch Fusionen entstanden Mammutunternehmen wie die IG-Farben als größter Chemiekonzern der Welt, die Vereinigten Stahlwerke an der Ruhr als zweitgrößtes Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie der Welt usw. Es gab also eine gewaltige Entwicklung und Stärkung des Monopolkapitals, festzumachen an Namen wie Hugo Stinnes, Krupp, Thyssen, Borsig, Flick, Siemens u.a.m.

Alle sozialreformistischen Illusionen darüber, dem durch Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterwohnungsbaugesellschaften, kommunale Verbände u.ä. entgegenwirken zu können, lösten sich in Nichts auf. Die Bildung eines Kartellamtes zur Kontrolle und Verhinderung von Monopolbildungen wirkte nur noch lächerlich.

Das alles geschah unter dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Reichskanzler Friedrich Ebert. Als er 1925 starb und der Parteivorsitz an Hermann Müller überging, wurde 1928 eine große Koalition vorbereitet. Die Bedingung bestand unter anderem darin, dass zwar Minister aus den Parteien

SPD, Zentrum, DDP und DVP im Kabinett sitzen sollen, sich aber nicht an ihre Fraktion und Partei gebunden fühlen sollen – man beachte die Gegenwartsbezogenheit! Anfang 1929 kam die große Koalition zustande. Reichskanzler wurde der Sozialdemokrat Hermann Müller. Als Minister „regierten“ die Sozialdemokraten Carl Severing für Inneres, Rudolf Hilferding für Finanzen und Rudolf Wissel für Arbeit und Soziales.

Die Grundlage ihrer Politik bestand im Heidelberger Programm der SPD von 1925: „Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein“.

Zu Beginn der zwanziger Jahre wurde plakatiert: Der Sozialismus marschiert! In der Mitte hieß es: Die Sozialisierung marschiert! Und am Ende der Zwanziger marschierte die Weimarer Republik direkt in den Faschismus.

Dies alles vollzog sich auf der Grundlage jener Strategie und politischen Konzeption, die von den Sozialreformisten entwickelt worden war. Nach dem offensichtlichen Scheitern dieser theoretischen Konzepte in der gesellschaftlichen Praxis heute das fast Gleiche als neue Vision den heutigen Linkskräften zu empfehlen, ist von ernsthafter Wissenschaft weit entfernt. Der Prüfstein für die Richtigkeit einer Theorie bleibt immer noch die Praxis. Und die Ignoranz gegenüber dieser Praxis erfolgt angesichts eines Finanzmarktkapitalismus mit rüstungsmonopolistischer Dominanz, der wirtschaftlich, militärisch und international um vieles stärker ist, als es das deutsche Monopolkapital in der Weimarer Zeit war. Im Unterschied zu Weimar dominiert heute das deutsche Finanz- und Industriekapital die monopolistisch verfasste Europäische Union. Dies gilt nicht nur für Wirtschaft und Finanzen, sondern auch für die militärische Absicherung der Festung Europa. Und gesamtgesellschaftlich zwingt die deutsche Großbourgeoisie Völkern wie Griechenland eine neoliberale Austeritätspolitik auf, die sich in solch schwächeren Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien besonders drastisch auf die Bevölkerung auswirkt. Und dennoch wird dort wachsender Widerstand, der sich in Griechenlands demokratischen Wahlen manifestiert, in der Bundesrepublik zu keiner doppelten Transformation führen.

Dritter Aspekt: Es geht um die schwierige Frage der politischen Macht. Korrekterweise muss eingeräumt werden, dass das Problem der Macht im

Transformationskonzept nicht völlig ignoriert wird. So heißt es: „Die monopolistischen und finanzkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse sind die entscheidende Ursache dafür, dass wir unter den gesellschaftlich erarbeiteten Möglichkeiten leben...“ Es bestehe die „Notwendigkeit der Umverteilung von Macht und Eigentum“ und „Das betrifft besonders die Macht der Banken und Investmentfonds, die Energiekonzerne ...“

Aber sobald es darum geht, wie denn diese Umverteilung von Macht und Eigentum erfolgen soll, kommt die Transformation zur Sprache. Es wird angeführt, dass Gemeinden einen kleinen Solarpark bauen, dass Genossenschaften sich von Elektrokonzernen unabhängig machen, dass eine Stadt die kommunale Wasserversorgung selbst übernimmt u.ä.m. Dies sei „eine Gegenbewegung zum neoliberalen Privatisierungsrausch...“ und „es werden Chancen dafür eröffnet, dem Gemeinwohl den Vorrang vor dem Profit zu geben“. Die Schlussfolgerung lautet: „Dem Finanzmarktkapitalismus kann das Genick gebrochen werden.“

Welche reale Chance besteht, auf diesem Weg die politische Macht zu erreichen, dem Finanzmarktkapitalismus das Genick zu brechen und eine neue Gesellschaftsformation zu errichten, wurde in der Weimarer Republik bereits überzeugend vorgeführt.

Aber es gibt noch eine andere Seite der Machtproblematik, die von den entsprechenden Autoren in der Tat völlig übergangen wird. Sie verweisen auf die Notwendigkeit der „Herausbildung einer Mehrheitsmeinung, die die skandalösen sozialen Spaltungen durch den Block an der Macht nicht mehr akzeptiert.“ Wenn nun ein solcher von der Mehrheitsmeinung getragener Block an der Macht zwecks Überwindung des bestehenden Herrschaftssystems zustande kommt – was passiert dann?

Es sei erinnert an die These aus dem Kommunistischen Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet.“ Da der Staat das Gewaltmonopol besitzt, ist er auch imstande, zur Sicherung der „Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse“ vom Gewaltmonopol Gebrauch zu machen. Staatliche Gewaltanwendung findet immer dann statt, wenn oppositionelle Aktivitäten eine Form und einen Umfang erreichen, der die staatliche Herrschaftsausübung behindert oder gar die Existenz des bestehenden Herrschaftssystems gefährdet. Hierher gehört auch die Erkenntnis von Lenin, dass die herrschenden Klassen ihre politische Macht

und ihre ökonomischen Besitzstände niemals widerstandslos aufgeben, sondern bei ernsthafter Bedrohung mit rücksichtsloser Gewaltanwendung verteidigen.

Hierbei geht es nicht um theoretische Thesen, sondern um die Verallgemeinerung historischer Erfahrungen. Als die Weimarer Republik in Existenzkrisen taumelte, ließen sich die Monopole ihre weitere Profit-erwirtschaftung durch faschistische Gewalt sichern. Als in Spanien 1936 eine Volksfront gebildet wurde, diese in den Wahlen die absolute Mehrheit errang und demokratische Veränderungen einleitete, wurde ein von Franco geführter faschistischer Putsch inszeniert. In dreijährigem Bürgerkrieg wurde der Volkswille zerschlagen und die imperialistische Herrschaft gegen jegliche demokratische Veränderung abgesichert. Als in Chile 1970 eine Mehrparteien-Volksregierung mit antiimperialistischem Programm gebildet wurde und tiefgreifende Umgestaltungen einleitete, wurde von der Großbourgeoisie mit Unterstützung der USA ein Staatsstreich organisiert, der demokratisch gewählte Präsident Allende ermordet und die Macht von einer Militärjunta übernommen.

In der Bundesrepublik kommt heute das Industrie- und Finanzkapital noch damit aus, die antikapitalistischen und sozialkritischen Bewegungen, Organisationen, Netzwerke und Parteien mit ihren unterschiedlichen Positionen zu steuern. Bei Massenaktionen reicht noch überdimensionaler Polizeieinsatz. In entsprechender Voraussicht hat die Bundesregierung bereits entschieden, dass die Einschränkung der Bundeswehr auf Verteidigung und international abgestimmte Militäreinsätze im Prinzip aufgehoben ist. Es soll in Zukunft möglich sein, die Bundeswehr auch im Inland einzusetzen. Als solcher Fall wird der Einsatz gegen Terrorismus bezeichnet. Nun wird von konservativer Seite seit langem jede linke und ernsthaft kapitalismuskritische Regung als Extremismus denunziert. Wer also wird wohl in dieser Staatsordnung entscheiden, wann sie sich durch „Terrorismus“ bedroht sieht und wer wird den Befehl für den Einsatz der Bundeswehr gegen solch „innere Bedrohung“ geben?

Seit Juni 2012 werden an 30 Standorten bundesweit „Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanien“ aufgestellt. Damit wird die militärische Absicherung des bestehenden Systems „rechtsstaatlich“ gesichert. Notfalls gibt es auch noch die in Bildung begriffene Eingreiftruppe der EU, von den Bündnisverpflichtungen der NATO nicht zu reden.

Angesichts dieser internationalen historischen Erfahrungen und der aktuellen Situation in der Bundesrepublik die Illusion zu verbreiten, man könne diesem

Finanzmarktkapitalismus mit Genossenschaften, kommunalen Windparks, städtischen Wasserwerken und sozialpolitischen Verbänden das Genick brechen, „wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten“ (Rosa Luxemburg). Zu diesem Resultat kommt man, wenn man das Problem der Macht und ihre Rolle im Klassenkampf systematisch ausklammert.

Vierter Aspekt: Es ist auch zu durchdenken, inwieweit das Transformationskonzept mit der Zielstellung sozialreformistischer Kräfte zusammenhängt, für 2017 eine Rot-Rot-Grüne Koalition vorzubereiten. Dieses Thema geistert schon seit einiger Zeit durch die Büros von Politikern und durch die Spalten von Zeitungen und Zeitschriften. Bei Dieter Klein heißt es, dieses Konzept „könnte Chancen für einen Cross – over – Dialog auch im Parteienspektrum bieten.“ Der Fraktionschef der LINKEN hat bereits Vorbereitungsgespräche mit den Parteiführungen von SPD und Grünen angekündigt. Da in der Innen- und Wirtschaftspolitik weitgehende Übereinstimmung besteht, liegt die Problematik in der Außen- und Sicherheitspolitik. Hier nun stoßen die Transformationstheoretiker als Mitglieder der Partei DIE LINKE an die Grenzen ihres eigenen Parteiprogramms. Dort ist festgeschrieben: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“ Und an anderer Stelle: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat.“ Kürzlich hat Oskar Lafontaine in der Jungen Welt vom 28. Januar 2015 und in seiner Rede auf der Rosa – Luxemburg – Konferenz am 10. Januar 2015 diese Programmposition ausführlich mit aktuellen Argumenten untermauert. Seine Schlussfolgerung: „DIE LINKE darf in den nächsten Jahren keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass die Voraussetzung einer Beteiligung an einer Bundesregierung eine Außenpolitik ist, die sich der vom US-Imperialismus zu verantwortenden militärischen Eskalation entzieht.“

Um die diesen Problembereich betreffende Transformationsarithmetik zu durchschauen, muss man schrittweise vorgehen. Zunächst wird der Forderung nach Austritt aus der NATO der Einwand entgegengehalten, dies bedeute den Bruch mit einem über 60 Jahre etablierten Vertragssystem, löse Deutschland

aus festen Verankerungen heraus, verspiele seine Verlässlichkeit und würde die internationalen Kräftekonstellationen destabilisieren (Brie/Klein, ND 30.12.2013).

Schon hier entsteht die Frage, wodurch denn internationale Kräftekonstellationen destabilisiert werden? Nicht etwa durch den Bruch der festen Vereinbarung, keine Osterweiterung der NATO durchzuführen? Nicht etwa durch die Platzierung von Nato-Raketen rings um die Grenzen Russlands im Baltikum, in Polen und in Rumänien? Nicht etwa durch den von den Westmächten finanziell, militärisch und organisatorisch unterstützten Staatsstreich rechtsradikaler Kräfte in Kiew gegen eine demokratisch gewählte Regierung, wodurch eine ganze Region in bürgerkriegsartigen Zustand geriet? Und wem gegenüber ist denn Verlässlichkeit deutscher Politik angesagt? Gegenüber der deutschen Wählerschaft oder der US- dominierten NATO?

Von Brie und Klein wird vorgeschlagen: „Solange die NATO noch existiert, könnte die Mitgliedschaft Deutschlands im Bündnis ... ein Kompromiss sein, den DIE LINKE eingeht ...“ Dazu gehört auch die These: „Sicherheitspolitische Realpolitik wird die vertragliche Ausgangssituation anerkennen müssen“. Das heißt im Klartext, alle militärischen, finanziellen und sonstigen Vertragsverpflichtungen innerhalb der NATO sind anzuerkennen und einzuhalten. Was soll da noch der Vorbehalt: „Zu entscheiden wäre nach Einzelprüfungen zwischen UN-mandatierten friedenssichernden Formen von Auslandseinsätzen und abzulehnenden Kampfeinsätzen der Bundeswehr“? Erstens wird jeder NATO-Einsatz - ob mit oder ohne UN-Mandat - als friedenssichernd ausgegeben. Und zweitens entscheiden über deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen im Ausland nicht die 65 Prozent deutsche Bevölkerung, die sich schon gegen den Afghanistan-Krieg ausgesprochen haben, sondern die in Regierungsverantwortung tätigen Interessenvertreter von Finanzkapital und Rüstungswirtschaft.

Insgesamt ordnet sich die außen- und sicherheitspolitische Position der Transformationstheoretiker ein in das Bemühen der sozialreformistischen Strömung in der LINKEN um Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Um dies zu erleichtern wird in den entsprechenden Publikationen der demokratische Sozialismus für eventuelle künftige Koalitionspartner mal schnell zum „grünen Sozialismus“ umdekoriert.

Dem steht aber das von der überwältigenden Mehrheit der Parteimitgliedschaft getragene Parteiprogramm entgegen. Daher ist zu erwarten, dass zu gegebener Zeit wieder eine Diskussion über das Parteiprogramm ausgelöst werden wird. Dabei wird es darum gehen, ob DIE LINKE ihren programmatisch festgelegten Charakter einer konsequent antikapitalistischen, sozialistischen und friedenspolitischen Kampfpartei beibehält oder ob sie zu einer sozialreformistischen Nebenstelle der SPD wird. Es geht also letztlich bei alledem nicht um eine historische oder theoretische Debatte, sondern um Wesen und Charakter unserer Partei.

Abschließend noch ein Wort zu Methode und Denkweise. Die genannten Autoren wählen zur Kennzeichnung ihres Gedankengebäudes den Begriff „Erzählung“. Und dies nicht nur da und dort zur Auflockerung von Text und Stil, sondern recht prinzipiell. Die Rede ist von „einer einenden Erzählung der Linken“, vom „archimedischen Punkt einer linken Erzählung“, von der „Leitidee einer modernen Erzählung“, von einer „Erzählung der Linken für das 21. Jahrhundert“ usw. usf. Im ND vom Mai 2012 wird allein auf einer Zeitungsseite in verschiedenen Zusammenhängen der Begriff „Erzählung“ 14mal (in Worten vierzehn) gebraucht.

Aber was ist eigentlich eine Erzählung? Der Brockhaus definiert in seiner Enzyklopädie (Bd. 8) die Erzählung als „Einzelgattung der Epik“. Sie ist „kürzer als der Roman, aber nicht so knapp und andeutend wie Skizze und Anekdote, im Unterschied zur Novelle weniger streng gebaut und weniger pointiert als die Kurzgeschichte“. Im Lexikon von Bertelsmann heißt es in Bd. 4: „Erzählung, in Prosa oder Versen abgefasste Darstellung von wirklichen oder erdachten Geschehnissen, Sammelbegriff für alle epischen Gattungen ...“ Es geht also um eine Literaturform zwischen Roman, Novelle und Kurzgeschichte.

Es geht nicht – und darauf kommt es hier an – um Wissenschaft, nicht um gesellschaftswissenschaftliche Theoriebildung, nicht um politische Strategie oder Parteiprogrammatik. Es geht um Literatur! Nun könnte man sagen: lasst doch die Erzähler erzählen. Aber erstens wurde oben gezeigt, welche historischen Erfahrungen, politischen Zusammenhänge und Zielstellungen hinter diesen Erzählungen stehen.

Und zweitens kann dieser Begriff auch dazu dienen, allen Linksorientierten oder auch Halblinken naheulegen, sich im Hinblick auf Gesellschaftsentwicklung nicht um Wissenschaft zu sorgen sich nicht um theoretische Analyse zu kümmern und nicht historische Erfahrungen einzubeziehen. Es soll genügen,

sich mit literarischer Darstellung, mit Epik zwischen Roman und Novelle und eben mit „Erzählungen“ zufrieden zu geben. Insofern hat die Wahl dieses Begriffes, die auffallende Häufung und die vielfältige Ausstattung mit den verschiedenartigsten Attributen durchaus eine ideologische Funktion. Auch dies gehört zum Wesen des Transformationskonstrukts, welches damit getrost der Literatur und Epik überlassen werden kann.

Prof. Dr. habil. Herbert Meißner

Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin